



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/170

18. November 1949

Nicht mit dem Polizeiknüppel

-dt. In den bisher von Vertriebenen wenig berührten Ländern der französischen Zone hat Bundesratspräsident Arnold die Flüchtlings-

frage als ein "fast unlösbares Problem im Hinblick auf die täglich zu Hunderten einströmenden illegalen Grenzgänger" genannt. Der Mi-

nisterpräsident Arnold hat nun Gelegenheit, einen Ausschnitt aus diesem Grenzgängerproblem in seinem eigenen Land zu sehen, denn um die-

se Zeit marschieren die 50 Flüchtlinge, die in Ulzen abgewiesen worden sind und in Bonn dagegen protestieren wollen, durch sein Land.

Aber Arnold ist in diesem Fall nur interessierter Zuschauer, genau so, wie es der niedersächsische Flüchtlingsminister Albertz solange

war, bis man ihm von Bonn aus zumutete, Akteur in diesem Geschehen zu sein. Minister Albertz hat das Ansinnen, den Marsch nach Bonn

polizeilich zu stoppen, abgelehnt, "weil damit die primitivsten Grundrechte der Verfassung verletzt würden".

Die Demonstranten von Ulzen marschieren - wahrscheinlich unbewusst - auf Grund des Artikels 11 des Grundgesetzes, der besagt,

dass alle Deutschen im Bundesgebiet Freizügigkeit genießen. Zwar handelt es sich um Bewohner der Ostzone, die nach Bonn marschieren, nicht

um Bürger des Bundesgebietes; aber es ist mehr als einmal erklärt worden, dass das Grundgesetz für ganz Deutschland gelte. In der Prä-

ambel des Grundgesetzes selbst wird gesagt, es (das deutsche Volk) habe auch für jene Deutschen gehandelt, "denen mitzuwirken versagt

war". Es wäre wenig erhehend und für die Verfassung des Bundesstaates nicht gerade von Vorteil, würde man im ersten Fall, da Bewohner der

Ostzone Präambel und Artikel 11 beanspruchen, die Polizei rufen. Es wäre überhaupt traurig, würde man glauben, die Flüchtlingsfrage mit

der Polizei lösen zu können. Weder das Problem der "Alt"Flüchtlinge, noch das der Grenzgänger ist mit dem Polizeiknüppel zu lösen. Niemand

weiss das besser als Minister Albertz, dem das Lager Ulzen jahrelang

unterstand. Dr. Adenauer soll, dem Bericht einer Hamburger Zeitung zufolge, der Auffassung sein, dass man zu einer strengen Sperre

der Grenze übergehen müsse und nur "wirkliche", d.h. politische Flüchtlinge, durchlassen dürfe. Wer abgewiesen werde, müsse sich eben

darauf gefasst machen, den sowjetischen Grenzbehörden wieder "zurückgereicht" zu werden. Das ist ein hartes Wort und es beweist zweier-

lei: dass Dr. Adenauer noch nie vor einer Kommission gestanden ist, die aus Einger, Unglück, Wahrheit und Lüge das Zeugnis der "echten"

politischen Verfolgung konstruieren soll und zweitens, dass Dr. Adenauer anscheinend das Grundgesetz nicht zur Genüge kennt. Er hat zum

Glück (noch) keine eigene Exekutive und ist auf die bessere Einsicht der Länderminister angewiesen.

Die in Artikel 11 gewährleistete Freizügigkeit ist nicht unabdingbar. Nach Absatz 2 des Artikels darf dieses Recht "nur durch Ge-

setz und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit

daraus besondere Lasten entstehen würden..." Dieses Recht zur Einschränkung muss erst geschaffen werden, aber durch den Bundestag,

nicht durch ein Machtwort des Bundeskanzlers. Zweifellos wird es zu entsprechenden Gesetzen kommen; es wird sogar sehr bald dazu kommen

müssen, weil die Flut täglich wächst und alle Barrieren zu sprengen droht, die aus der Zeit der Improvisationen noch etwas anachronistisch

in die Zeit des Grundgesetzes ragen. Der Geist dieser zu schaffenden Gesetze wird darüber entscheiden, ob die Präambel des Grundgesetzes

das Glaubensbekenntnis des ganzen Deutschlands oder eine schöne Phrase ist.

Der Parteivorstand der SED hat sich dafür ausgesprochen, "dass kein Deutscher auf deutschem Boden das Recht habe, Deutsche zwangswei-

se in einen anderen Teil Deutschlands zurückzuführen, es sei denn, es handele sich um Verbrecher". Das ist eine weitherzige Interpreta-

tion, fassend auf der Erkenntnis, dass niemand ohne Not die Heimat verlässt. Wer es dennoch tut, wird bald merken, dass in den Westzonen

kein Flüchtling auf Rosen gebettet ist. Die Absicht, ein festes Dach über dem Kopf leichtsinnig gegen eine windschiefe Baracke einzutau-

schen, wird nicht gefördert durch das Wissen, dass auch im Westen hungern muss, wer keine Arbeit findet. Die materielle Not, hüben wie

drüben, wird das einzige Regulativ einer Bewegung sein müssen, die ihre Wurzeln im Terror-Regime der Ostzone hat. Auf weite Sicht be-

deutet das Zugeständnisse derer, die hier über dem Durchschnitt leben. Man sollte auch das heute schon in zeitgemäße Gesetze kleiden.

Acheson und Tito

H. St. New York, im November 1949

Langsam nur und allmählich hat die amerikanische Regierung ihre Haltung gegenüber Tito und den Vorgängen in Jugoslawien geändert.

Acheson ist nur ein erbitterter Feind unüberlegter Beschlüsse, übereilter Massnahmen und nicht zu Ende gedachter Frontschwankungen. Erst

als dieser methodische Diplomat, dessen Juristengehirn einer logischen Präzisionsmaschine gleicht, in der jugoslawischen Frage auf-

grund sorgfältiger Beobachtungen und genauer Berichte zu einem festen Beschluss gekommen war, da führte er ihn auch aus, grosszügiger und kühner aber, als man erwartet hatte.

Im Kalten Krieg um Europa war es, faktisch seit der Berliner Luftbrücke und den für die Kommunisten ungünstigen Wahlergebnissen

in Frankreich und Italien, gelungen, den Vormarsch der Sowjetunion nach Westen zu stoppen. Bismehr konnte über Jugoslawien der Gegen-

angriff einsetzen und der Westen auf dem in der Geschichte stets so umstrittenen Schauplatz des Balkans einen ersten Sieg erringen. In

die "Bastion" der Volkedemokratien war eine erste Bresche geschlagen. Acheson leitete eine Politik der Finanz- und Wirtschaftshilfe

für Tito ein: erst überliess die amerikanische Regierung Tito ein komplettes und per Schiff nach Jugoslawien zu transportierendes

Stahlwerk mit allen seinen Einrichtungen, dann kam ein erster kleiner Kredit der amerikanischen Export- und Importbank, also einer

Regierungsstelle. Es folgten Dollarkredite der Weltbank und ein Ankauf von Dollars bei dem Internationalen Währungsfonds. Und schliess-

lich erklärten sich auch, mit Einverständnis Achesons, einige Privatfirmen Amerikas bereit, Tito einen Dollarkredit zum Ankauf amerika-

nischer Rohstoffe und Industrieprodukte einzuräumen. Gleichzeitig bekam Tito auch gewisse Kredite und Handelserleichterungen von ande-

ren westlichen Ländern, hauptsächlich England und der Schweiz.

Das wichtige an diesem Strom von Krediten war nicht nur, dass sie Tito vor dem Verhungern und sein Land vor dem totalen Zusammenbruch

retteten, was, nachdem die Freunde von gestern, Ungarn, die Tschechoslowakei usw., sämtliche Handelsbeziehungen mit Tito abgebrochen hatte

ten, unweigerlich Jugoslawiens Schicksal gewesen wäre. Sondern das wichtige war und ist, dass der Westen Jugoslawien die Möglichkeit

zu normalen und gesunden Wirtschaftsbeziehungen gibt, ohne politische Bedingungen daran zu knüpfen. Vielfach hatte man Acheson nahe-

gelegt, als Bedingung für die Kredithilfe von Tito die sofortige Freilassung des seit zwei Jahren eingekerkerten Erzbischofs

Stepinacz zu verlangen. Acheson hat sich gehütet, das zu tun; man kann nicht gut den Russen Einmischung in die inneren Verhältnisse

Jugoslawiens vorwerfen und dann genau das gleiche mit umgekehrten Vorzeichen tun. Im Gegenteil, Amerika hat sich dadurch einen uner-

hörten Prestige-Erfolg gesichert: jedermann weiss genau, dass Jugoslawien nach wie vor für den Kommunismus eintritt, dass es nach wie

vor eine Polizeidiktatur ist und dass nach wie vor Menschenrechte und individuelle Freiheit nicht geschützt sind; aber Amerika zeigt, dass

es das Recht eines kleinen Landes respektiert, sich so zu regieren wie es will, wenn es nur den Nachbarn nicht beunruhigt und damit

keine Bedrohung für den Frieden darstellt. Da das bei Jugoslawien nicht der Fall ist, im Gegenteil Tito sich bemüht, seine Beziehungen

mit Österreich, Italien und sogar mit Griechenland zu verbessern, konnte Washington mit gutem Herzen ihm die Hand hinstrecken.

Freilich ist auf der anderen Seite Acheson mit dieser Politik doch ein wenig zu weit gegangen. Mit amerikanischer Unterstützung

ist Jugoslawien in den Sicherheitsrat der UNO gewählt worden - gegen die von der Sowjetunion geforderte Kandidatur der Tschechoslowakei.

Die Tradition will, dass zwei der elf Sitze in diesem Obersten Organ der UNO der Sowjetunion und einem ihrer "Satelliten" reserviert sind.

Viele Kreise der amerikanischen Linken haben diese Demonstration gegen die Sowjetunion, die unzweifelhaft vorlag, bedauert; wenn man

auch zugeben muss, dass der völlig isolierte Marschall Tito einen solchen Achtungserfolg bei seinem eigenen Volk gut brauchen konnte.

Darum ist noch längst nicht entschieden, ob dieser Akt im Endergebnis nicht dem Weltfrieden mehr geschadet als genutzt hat.

Amerikas neue Jugoslawienpolitik hat in Amerika auch innenpolitische Folgen: Die Kommunistische Partei der USA, die niemals sehr

gross war, ist heute vollständig isoliert: ihre Positionen sind zusammengeschrumpft wie Schnee an der Merzsonne, und von den Freunden

der Sowjetunion wenden sich mehr und mehr Marschall Tito zu. Diese Sympathisierenden der äussersten Linken, die bei den letzten Wahlen

dem von den Kommunisten unterstützten "bürgerlichen Rebellen" Henry Wallace ihre Stimmen gegeben hatten, erleben heute das bemerkenswerte

Schauspiel, dass Wallace und die meisten seiner engeren Freunde

18.11.1949

sich mehr und mehr von der Sowjetunion ab- und Tito zuwenden. Wallace hat vor kurzem auf einer öffentlichen Versammlung in New York Stelins

Drohungen gegen Jugoslawien als "unnötige Provokationen, die dem Frieden nicht dienlich sind", bezeichnet - für Wallace, der sich bisher

stets sorgsam gehütet hat, seine russischen Freunde auch nur durch die leiseste Kritik zu ergrimmen, eine unerhörte Neuerung.

Aussenpolitik und Organisation

Das Kommuniqué über die sozialdemokratische Tagung in Herne

(sp.) Herne, 18. November 1949

Die 2 1/2-tägigen Beratungen der sozialdemokratischen Führungskörperschaften, des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der

Kontrollkommission in Herne/Westfalen galten zwei Themenkreisen: der Haltung der Sozialdemokratie zu der aussenpolitischen Methodik

und Zielsetzung des Bundeskanzlers sowie politischen und organisatorischen Fragen der Partei.

Zu der ersten Frage gab am Mittwoch der stellvertretende Vorsitzende, Erich Ollenauer, einen Überblick über die Entwicklung in der

ersten Novemberhälfte. Der Parteivorstand billigte einstimmig und ohne Vorbehalt die politischen Auffassungen, die der Vorsitzende der

Partei am Dienstag im Bundestag entwickelt hat. Die Rede Dr. Kurt Schumachers wurde ohne Ausnahme als eine besonders wirkungsvolle Dar-

stellung des sozialdemokratischen Standpunktes über die wesentlichen Erfordernisse einer möglichen deutschen Aussenpolitik bezeichnet. Sie

soll nach einstimmigem Wunsch in Form einer Broschüre einer breiten Öffentlichkeit zugänglich werden. An die Darlegungen Ollenaus

schloss sich eine Diskussion, in die auch Dr. Schumacher mehrfach ein-griff.

Am Donnerstag sprach Dr. Schumacher selbst vor den versammelten Mitgliedern der genannten Körperschaften über die wichtigsten, vor

allem aussenpolitischen Gegenwartsfragen, sowohl nach ihrer grundsätzlichen, als auch nach ihrer praktischen Seite hin.

In der Diskussion bestätigte Dr. Schumacher in Antwortung einer Frage nachdrücklich die bisherige Haltung der SPD zu dem Problem

einer denkbaren, teilweisen Wiederaufrüstung Deutschlands: Die Sozialdemokraten lehnen eine solche Möglichkeit vorbehaltlos ab. Schumacher erklärte wörtlich: "Wir können uns unmöglich auf solche Experimente einlassen".

Nach einem Bericht des niedersächsischen Ministers für Flüchtlingsfragen, Albertz, forderte der Vorstand der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, die Bundesregierung zu veranlassen, die Aufnahme der Flüchtlinge aus der Sowjetzone sicherzustellen und den unerträglichen Zustand der im Lande umherziehenden abgewiesenen Flüchtlinge zu beenden. Der Vorstand ist in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz der Auffassung, dass kein Deutscher auf deutschem Boden das Recht hat, Deutsche zwangsweise in einen anderen Teil Deutschlands zurückzuführen, es sei denn, es handele sich um Verbrecher. Der Vorstand appellierte gleichzeitig an die Mitglieder der Fraktion, überall dort, wo sie politische Verantwortung tragen, mit gutem Beispiel voranzugehen und alles menschlich Notwendige zu tun, um den Bedrängten wirksam zu helfen.

Sehr eingehend wurden in einem Referat Erich Ollenheuers und der sich anschließenden Diskussion die organisationspolitischen und organisatorischen Konsequenzen des Wahlausgangs behandelt, und zwar aufgrund einer detaillierten Analyse des Wahlergebnisses vom 14. August. Ollenheuer erklärte, das Ziel sei eine erhebliche Aktivierung der Arbeit in der Partei. Die Auswirkungen der Währungsreform hätten zunächst eine gewisse Stagnation der Mitgliederzahl verursacht, die im Laufe der nächsten Zeit durch intensive Anstrengungen überwunden werden müsse.

Ollenheuer wies auch darauf hin, dass die SPD in keinem Konkurrenzkampf mit einem wie immer gearteten Radikalismus eintreten werde. Man müsse sich stets klar sein, dass das Oppositionsprogramm von heute das Regierungsprogramm von morgen sein könne.

Vorstand und Parteiausschuss einigten sich auf ein erstes organisatorisches Arbeitssaufgaben-Programm für das Jahr 1950, das vor allem auch dem Zweck diene, die Jugend noch stärker als bisher an der Arbeit der Partei zu interessieren und zu beteiligen.

Erste Arbeitsaufgaben für das Jahr 1950

sp. Herne, 18. November 1949

Partei Vorstand und Parteiausschuss haben auf ihrer Tagung am 17. und 18. November 1949 in Herne die folgenden ersten Arbeitsaufgaben für das Jahr 1950 zur politischen und organisatorischen Aktivierung der Partei beschlossen:

1. Für die Jugend:

Schaffung eines zentralen Ausschusses für Jugendfragen beim Parteivorstand.

Ergänzung der Vorstände durch Wahl jüngerer Mitglieder.

Engste Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Fraktionen mit sozialistischen Jugendvertretern.

Verpflichtung sozialdemokratischer Verwaltungsfunktionäre zur Heranziehung von Nachwuchskräften.

2. Für die Straffung der Organisation:

Schaffung des einheitlichen Organisationsaufbaues: Ortsvereine, Unterbezirke, Bezirke, Parteivorstand.

Regelmässige Durchführung von monatlichen Mitglieder- oder öffentlichen Veranstaltungen.

Neugestaltung des Verhandlungswesens.

Verstärkung der Informations- und Berichterstattung über politische Fragen.

Beseitigung der Mandats- und Funktionshäufung durch Erweiterung des Funktionärkörpers.

Allgemeine Mitgliedsbuchkontrolle auf Beitragshöhe und Beitragsrückstände zum Jahreswechsel 1949/50.

Mandatsrecht auf Konferenzen erlischt bei Beitragsrückstand von zwei Monaten.

Schulung der Funktionäre für die politische und organisatorische Arbeit der Partei.

Verpflichtung zum Bezug des Zentralorgans "Heuer Vorwärts" für die Ortsvereine, für mittlere und grosse Ortsvereine Pflichtbezug

auch der übrigen zentralen Publikationen (Sopade-Querschnitt, Gleichheit, Demokratische Gemeinde).

Verpflichtung aller Organisationsgliederungen zur Durchführung der Frauenarbeit als einer politischen Aufgabe.

Ausbau und Vertiefung der Vertriebenenenarbeit in der Partei.

Verstärkte Mitarbeit in den Gewerkschaften.

Verbreiterung der sozialdemokratischen Betriebsgruppenarbeit.

Stärkere Heranziehung sozialdemokratischer Parlamentarier zu Betriebsversammlungen.

Einhaltung sozialdemokratischer Grundsätze bei der Tätigkeit der SPD-Vertreter in der Selbstverwaltung.

9. Für die Stärkung der Partei

Berufung von Agitationsobleuten in alle Organisationsteile.

Zugster Kontakt zwischen sozialdemokratischen Abgeordneten, Kandidaten und der Bevölkerung.

Ständige Berichterstattung über die Tätigkeit im Bundestag, in den Landes- und Kommunalparlamenten.

Vorbereitung einer grossen zentralen Werbeaktion im gesamten Bundesgebiet.

Jeder Sozialdemokrat in seinem Lebensbereich ein Werber und Kämpfer für die Partei.

Nachrichten aus der Ostzone.

Flugplätze werden gebaut

sp. Seit Monaten wird in Mecklenburg an der Instandsetzung von Flugplätzen gearbeitet. Zur Zeit werden die Flugplätze Trollenhagen bei Neubrandenburg und Rechlin bei Neustrelitz wiederhergestellt. Bei Anklam werden V.2-Abschussbasen gebaut.

*

Tägliches Soll der Ostzonenbriefträger

sp. Da die ostzonalen Zeitungen immer mehr von ihren Abonnenten verlieren, müssen die Briefträger bei der täglichen Postzustellung eine bestimmte Anzahl ostzonaler Zeitungen im Freiverkauf umsetzen. Wird das tägliche "Soll" nicht erfüllt, haben die Briefträger mit Entzug der Lebensmittelkarte 2 und Anklage wegen "Sabotage" zu rechnen. Um ihren Arbeitsplatz zu halten, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als die Zeitungen aus der eigenen Tasche zu bezahlen.

- * -